

Virus und Gendarm

Ein einziger Corona-Fall genügt, um die Dienstpläne einer ganzen Polizeiinspektion durcheinander zu bringen. Das Präsidium reagiert darauf mit neuen Regeln für den Schichtbetrieb - auch in der Einsatzzentrale. Wer eine Strafanzeige erstatten will, soll dies am besten online erledigen

Von Julian Hans

Wer auf einer Münchner Polizeiinspektion eine Anzeige erstatten möchte, der muss neuerdings ein paar Fragen mehr beantworten als üblich. Die Eingangstüren sind verriegelt, man muss erst klingeln. Das war früher schon so. Aber bevor der Summer ertönt, fragt jetzt eine Stimme aus der Gegensprechanlage: Haben Sie irgendwelche Erkältungssymptome? Waren Sie in den vergangenen Wochen in einem Corona-Risikogebiet? Polizeibeamte sollen die Sicherheit in der Stadt gewährleisten; mehr als früher müssen sie aber auch an ihre eigene Sicherheit denken.

Ein Beispiel aus der vergangenen Woche zeigt exemplarisch, wie ein einziger Infektionsfall alles durcheinanderbringen und einer ganzen Behörde Probleme bereiten kann: Nachdem ein Beamter der Inspektion 25 in Trudering-Riem positiv getestet wurde, rekonstruierten die Kollegen, dass der Mann mit mehr als zwei Dutzend Kolleginnen und Kollegen in unterschiedlichen Dienststellen in direktem Kontakt gestanden hat. Die müssen nun alle als sogenannte "Kontaktperson 1" so lange zuhause bleiben, bis ausgeschlossen wurde, dass sie sich auch infiziert haben.

Mit ihren sechseinhalb Tausend Mitarbeitern hat die Münchner Polizei die Kapazitäten, um so einen Ausfall zu verkraften. Aber was, wenn es mit weiterer Verbreitung des Virus bald viele solche Fälle gibt? Derzeit handle es sich bei den meisten Kollegen, die wegen Selbstquarantäne aus dem Dienstplan fallen, noch um Reiserückkehrer, die an Orten Urlaub gemacht hätten, die später vom Robert Koch-Institut als Risikogebiete eingestuft wurden, erklärt Polizeisprecher Marcus da Gloria Martins.

Das dürfte sich aber bald ändern: "Wir werden zunehmend im öffentlichen Raum mit Personen zu tun haben, die selbst infiziert sind oder zu Infizierten Kontakt hatten", ist sich Martins sicher. Damit ein Verdachtsfall nicht gleich eine ganze Dienstgruppe lahm legen kann, habe das Präsidium die Abläufe in allen Bereichen umgestellt. Die Leitstelle, in der Notrufe angenommen und Einsätze disponiert werden, arbeitet seit vergangener Woche in zwei getrennten Teams in unterschiedlichen Räumen. Begegnungen zwischen den Mitarbeitern unterschiedlicher Teams sollen vermieden werden. Übergaben zwischen den Schichten werden per Telefon oder schriftlich durchgeführt.

Der Streifendienst ist ohnehin im Vier-Schichten-System organisiert. Das hat zur Folge, dass sich jeweils zwei Schichten nie persönlich begegnen, schon allein dadurch ist die Gefahr geringer, dass eine ganze Dienststelle sich gegenseitig infiziert.

Vermeint wählen derzeit Bürger den Notruf, weil sie Fragen zu Corona haben und nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen. Polizei und Feuerwehr bitten dringend darum, sich stattdessen an das Bürgertelefon zu wenden, das die Stadt für diese Fragen eingerichtet hat. Es ist unter der Nummer 233-44740 zu erreichen. Die 112 und die 110 müssten für Notfälle freibleiben.

Auch Bürger können ihren Teil zur Entlastung beitragen

Um die Dienststellen zu entlasten und persönliche Kontakte wo es geht zu vermeiden, bittet die Polizei außerdem darum, alle Strafanzeigen online zu stellen, bei denen das möglich ist.

Unter der Adresse www.polizei.bayern.de können unter anderem Fahrraddiebstahl, der Diebstahl von Teilen aus einem Kraftfahrzeug, Sachbeschädigungen an einem Kfz und Betrug bei Online-Auktionen angezeigt werden. Wer in einem Notfall die 110 wählt, wird gebeten, die Leitstelle darüber zu informieren, falls er selbst an Covid-19 erkrankt ist oder Kontakt zu einem Infizierten hatte. Dann kann die Streife sich rechtzeitig darauf einstellen, wenn sie an den Einsatzort kommt. Die Polizei bittet um Verständnis, dass es bei der Bearbeitung von Anzeigen aus Gründen des Infektionsschutzes zu Verzögerungen kommen kann.

Dass viele Menschen nun zuhause bleiben, um die Verbreitung des Virus zu bremsen, schlägt sich bisher noch nicht in den Einsatzzahlen der Polizei nieder. Derzeit seien es im Schnitt etwa 900 Einsätze in 24 Stunden, teilt das Präsidium mit - eine übliche Zahl für diese Jahreszeit.

In anderen deutschen Städten wurden derweil Fälle bekannt, in denen Betrüger die Corona-Angst ausnutzen, um an das Geld ihrer Opfer zu kommen. So wurde unter anderem der sogenannte "Enkeltrick" modifiziert: Ein Anrufer stellt sich Senioren als deren Enkel vor; er sei am Virus erkrankt, liege in der Klinik und brauche dringend Geld. In München seien solche Fälle bisher nicht bekannt geworden, heißt es aus dem Präsidium. Interpol warnte am Dienstag vor sogenannten Fake Shops, Verkaufsportalen im Internet, die Hygieneartikel und Atemmasken billig anbieten, aber dann nicht liefern und sich mit dem Geld aus dem Staub machen.

Auch die Münchner Feuerwehr bittet darum, gleich am Telefon mitzuteilen, wenn ein Corona-Verdacht besteht. Der Rettungsdienst hat ohnehin immer Atemschutz im Gepäck; so weiß er aber, dass er ihn gleich aufsetzen muss. Es habe bereits solche Fälle mit Corona-Verdacht bei Patienten gegeben, berichtet ein Sprecher der Berufsfeuerwehr.

Aber ähnlich wie bei der Polizei sind es noch die Urlauber aus den Krisengebieten, die gerade im Dienstplan fehlen. Und die Fernpendler: Viele Rettungskräfte der Berufsfeuerwehr fahren 70 Kilometer und mehr zur Arbeit. Das Arbeitszeitmodell mit 24-Stunden-Schichten und mehreren freien Tagen am Stück macht es möglich. Dazu kommen die hohen Mieten in München. Allerdings hat sich jetzt herausgestellt, dass das auch Risiken mit sich bringt: Mehrere Feuerwehrleute, die ihren Wohnsitz in Tirol haben, können nun vorerst gar nicht mehr zur Arbeit kommen.

(SZ, 18.03.2020)

Wie Corona die Kriminalität im Land verändert

Die Zahl der Straftaten dürfte nach Ansicht von Experten stark zurückgehen. Doch es lauern auch Gefahren.

Von Moritz Geier

Sonntag, kurz nach Mitternacht, Lärm dringt aus einer Wohnung im Münchner Stadtteil Schwabing. Laute Partygeräusche, so steht es am nächsten Tag im Polizeibericht, drei Paare hatten den Geburtstag einer 26-Jährigen gefeiert. Die Polizei geht dazwischen, alle sechs werden angezeigt. Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz.

Oder der Vorfall in einem Friseurladen am Samstagnachmittag, auch in München. Ein Mitarbeiter hatte laut Polizeibericht gerade die Haare eines Mannes gewaschen, als die Beamten an die Ladentür klopfen. Der Kunde und drei im Laden anwesende Mitarbeiter wurden angezeigt. Der Mann verließ seinen Friseur ohne neuen Haarschnitt.

Das Erscheinungsbild der Kriminalität in Deutschland, es wandelt sich gerade, die Polizei muss sich plötzlich mit ganz neuen Delikten und Delinquenten herumschlagen. Und die Zahlen und Tabellen der Kriminalstatistik von 2019, die das Bundesinnenministerium am Dienstag vorgestellt hat, dürften angesichts aktueller Entwicklungen vor allem als Vergleichswert interessant werden: für die unmittelbare Zukunft.

Sehr wahrscheinlich wird ja die nächste Kriminalstatistik, die dann im kommenden Jahr erscheint und die Auskunft gibt über die Anzahl der Straftaten, die der Polizei bekannt werden, radikal anders aussehen als die Statistiken all die Jahre zuvor - je nachdem, wie lange die Ausgangsbeschränkungen gelten. Denn die Corona-Krise mit all ihren Begleiterscheinungen, so viel ist jetzt schon klar, wird auch die Kriminalität im Land verändern. Die Frage ist nur: inwiefern zum Positiven und inwiefern zum Negativen?

"Sehr ruhig, alles marginal"

Die Münchner Polizei erlebte am Wochenende, dem ersten, an dem die weitreichenden Ausgangsbeschränkungen in Bayern galten, einen Vorgeschmack auf die Veränderungen. Klar, noch fehlen Zahlen, Kurven, Tabellen. Ein erster Eindruck aber ist da, als "sehr ruhig" beschreibt ein Sprecher die Lage. Diebstähle und Einbrüche? Körperverletzungsdelikte nach Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum? "Fast gar nichts da." Auch Verkehrsdelikte, Ordnungswidrigkeiten, Umweltdelikte, Schwarzfahren: alles "marginal".

Corona wird die Anzahl vieler Straftaten reduzieren, da ist sich auch der Kriminologe Christian Pfeiffer sicher. Durch die Ausgangsbeschränkungen verändert sich der gewohnte Nährboden für Kriminalität. Bei bestimmten Delikten, so der ehemalige Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, werde es daher nahezu einen Stillstand geben: bei Wohnungseinbrüchen etwa, die meist begangen werden, wenn die Menschen nicht zu Hause sind. Bei den Auswüchsen der Straßekriminalität, Drogendeals, Kneipenschlägereien. "Alles, was nachts rund um Bordelle passiert, viel auch, was die Polizei zum Teil gar nicht mitbekommt", sagt Pfeiffer.

Dem Kriminologen zufolge beginnt nun eine Zeit, in der, wie er sagt, die Polizei "hoffentlich auch mal Überstunden abbauen kann". Allerdings gibt es da auch noch die dunkle Seite der aktuellen Entwicklungen. Denn auch da, wo Menschen miteinander leben, in den Wohnungen, in die sie sich nun zurückziehen, lauern Gefahren. Seit Jahrzehnten ist die häusliche Gewalt in Deutschland rückläufig. Nun aber befürchtet nicht nur Pfeiffer einen Rückfall in alte Zeiten, er rechnet mit einem "deutlichen Anstieg" innerfamiliärer Gewalt. Erste Berichte aus China, wo Ausgangsbeschränkungen schon länger und schärfer als in Deutschland umgesetzt werden, scheinen diese Vermutung zu bestätigen. Frauenrechtsaktivistinnen beklagen dort eine steigende Zahl von Vorfällen.

Sorgen lösen Aggressionen aus

Die Gründe sind offensichtlich: Familien werden nun viel Zeit miteinander verbringen, in einer Wohnung kann man sich oft nur schwer aus dem Weg gehen. Dazu kommen Ängste und Unsicherheiten angesichts der Pandemie und ihrer Folgen. Jobverlust, Geldsorgen, solche Sachen. Sorgen also, die zusätzlich Stress auslösen und Aggressionen, Sorgen, die zum Alkoholmissbrauch verleiten und die sich in Gewalt gegen Frauen und Kinder entladen können. Vor allem in solchen Familien und Beziehungen, die durch Probleme und Auseinandersetzungen schon vorbelastet sind.

Bei häuslicher Gewalt handelt es sich um ein Verbrechen, bei dem die Dunkelziffer sehr hoch ist. Die Polizei kann nur eingreifen, wenn sie Hinweise bekommt. Wichtig sei daher,

sagt Pfeiffer, dass Nachbarn sensibel seien und zum Hörer griffen, wenn sie etwas mitbekommen. "Damit Schlimmeres verhindert wird." In Deutschland bereiten sich die rund 350 Frauenhäuser, die Gewaltopfern Schutz anbieten, bereits darauf vor, dass bald deutlich mehr Frauen und Kinder kommen könnten. Die Plätze allerdings sind schon ohne Corona-Krise knapp, sollte es Infektionsfälle geben, würden dazu noch ganze Einrichtungen wegbrechen.

Kriminologe Pfeiffer sorgt sich darüber hinaus vor allem um Menschen, die durch die Krise in finanzielle Schwierigkeiten geraten werden, und das könne "ein beachtlicher Teil der Bevölkerung" sein: all jene, die "von der Hand in den Mund leben", die vom Staat schwer zu unterstützen sind, weil sie auch illegal arbeiten: Schwarzarbeiter, Gelegenheitskellner, Musiker, Menschen ohne Rücklagen. Neben häuslicher Gewalt sieht Pfeiffer daher auch die Gefahr, dass Notkriminalität und Armutskriminalität steigen, das Klauen von Geld und Essbarem, was schon in zwei bis drei Wochen spürbar werden könne.

Mehr Kriminalität im Internet

Die Kriminologin Anna Isenhardt, stellvertretende Direktorin des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, nennt zwei weitere Kriminalitätsbereiche, bei denen es in den kommenden Wochen zu einem Anstieg kommen könnte: Betrugsdelikte, bei denen Trickbetrüger die Angst und Unsicherheit der Menschen ausnutzen, sich etwa, wie es bereits vorgekommen ist, als Mitarbeiter des Gesundheitsamts ausgeben, um Geld und Wertsachen zu erschleichen; und die Cyberkriminalität. "Es kann vermutet werden, dass es in der gegenwärtigen Situation zu einer Verschiebung von offline zu online begangenen Delikten kommt", sagt Isenhardt, und dass das "Tatmittel Internet an Bedeutung gewinnt".

Studien, die den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Ausnahmesituationen wie Naturkatastrophen und Kriminalität untersucht haben, untermauern die Einschätzung der Kriminologen Pfeiffer und Isenhardt: Beobachtet wurden Anstiege vor allem bei häuslicher Gewalt, aber Rückgänge bei der allgemeinen Kriminalitätsrate.

Der Effekt von Ausnahmesituationen auf die Kriminalität sei überwiegend positiv, sagt Pfeiffer, weil die Solidarität der Menschen in solchen Zeiten steige. Menschen seien bereit, andere zu unterstützen, zu helfen. Wenn allerdings wie in der Corona-Krise alle Menschen zu Hause sitzen müssen, ist die Zivilgesellschaft in ihren Möglichkeiten, Sinnvolles zu tun, stark eingeschränkt. "Dadurch kann das Gute im Menschen weniger zum Tragen kommen", sagt Pfeiffer. "Zum Glück" seien aber "parallel dazu auch die Chancen des Bösen stark eingeschränkt".

(SZ, 25.03.2020)

Zum Selbstschutz: Polizei BW nutzt Daten von Corona-Infizierten

Laut dem Innenministerium Baden-Württemberg nutzt die Polizei Daten des Gesundheitsamts über Corona-Patienten. Der baden-württembergische Datenschutzbeauftragte kritisiert dieses Vorgehen.

Das baden-württembergische Innenministerium und die Polizei nutzen nach eigenen Angaben Listen mit persönlichen Daten von Corona-Patienten. Das sei zum Schutz, erklärt Detlef Werner vom Innenministerium: "Wenn die Polizei beispielsweise zu einem Verkehrsunfall gerufen wird, kann sie so überprüfen, ob der Betroffene infiziert ist." So könne sie vorab konkrete Schutzmaßnahmen ergreifen.

Geben Gesundheitsämter Daten an Polizei weiter?

Die Informationsweitergabe der Gesundheitsämter funktioniert, "indem das einzelne Gesundheitsamt dem Polizeipräsidium, das für den Stadt- oder Landkreis zuständig ist, Daten über die Infizierten regelmäßig übermittelt." Der SWR hat bei mehreren Gesundheitsämtern nachgefragt. Die Rückmeldungen waren nicht einheitlich. Das Landesgesundheitsamt wusste nichts von der Regelung. Die Stadt Stuttgart, der Kreis Tübingen und das Gesundheitsamt Karlsruhe geben keine Daten an die Polizei weiter, so die Sprecher auf Anfrage. Das Böblinger Gesundheitsamt dagegen schon.

"Keine ausreichende rechtliche Grundlage für dieses Handeln"

Der stellvertretende SPD-Landtagsfraktionschef Sascha Binder sieht den Fall kritisch. "Statt so massiv in die Persönlichkeitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern einzugreifen, sollte die Landesregierung lieber für die notwendige Schutzausstattung der Polizei sorgen", so der Politiker. Er forderte die Landesregierung auf, für Klarheit zu sorgen.

Baden-Württembergs Datenschützer Stefan Brink findet ebenfalls, dass das Vorgehen abgeändert werden muss: "Im Einzelfall und insbesondere bei Anhaltspunkten kann es rechtlich möglich sein, dass die Polizei solche Gesundheitsdaten bei den Gesundheitsämtern anfordert. Allerdings nicht in dem Maß, dass die Polizei alle Infizierten-Daten bei allen Gesundheitsämtern abrufen." Brink sieht im Infektionsschutzgesetz keine ausreichende rechtliche Grundlage für dieses Handeln.

Polizei und Innenministerium verteidigen die Maßnahme

Polizei und Innenministerium berufen sich hingegen auf eine andere Grundlage: das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst. Laut dem Innenministerium rechtfertigt dieses die Datensammlung, um Gefahren von der Bevölkerung abzuwehren: "Nach dem Erhalt der Informationen werden sie umgehend gelöscht, weil wir sie dann für unsere Arbeit nicht mehr benötigen", so Detlef Werner. Dafür müssten die Gesundheitsämter aber auch zuverlässig und systematisch übermitteln, wer wieder gesund ist und nicht mehr als infiziert gilt. Das wird aber je nach Gesundheitsamt unterschiedlich gehandhabt: In Böblingen werden genesene Patienten erfasst. Bei anderen gilt eine infizierte Person nach zwei Wochen Quarantäne als gesund, wie in Karlsruhe und Stuttgart. Wieder andere erfassen überhaupt nicht, wer wieder gesund ist, wie in Tübingen.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) verteidigt die Maßnahme. "Uns fehlen Informationen von Infizierten, wenn wir bei Einsätzen ausrücken", so Hans-Jürgen Kristein, GdP-Landeschef. Das sei nötig, da es der Polizei an Schutzkleidung fehle.

(SWR Online, 26.03.2020)

„Die Politik macht es sich zu leicht“

Wir können nicht mehr raus, wie wir wollen. Treffen uns virtuell mit Freunden. Schränken die Wirtschaft ein, um das Coronavirus einzudämmen. Tiefgreifende Einschnitte in unsere Grundrechte. Das baden-württembergische Innenministerium will die Situation jetzt aber ausnutzen.

Von Katharina Thoms

Die Polizei in Baden-Württemberg will sich schützen in der Corona-Pandemie. Und weil auch sie nach eigenen Angaben zu wenig Schutzkleidung hat und mit zu wenig Personal arbeiten muss, nutzt sie unsere Gesundheitsdaten. Im Gespräch mit dem SWR hat das der oberste Polizeibeamte im Innenministerium bestätigt: Komplette Listen mit den Namen und Adressen

der Infizierten gehen an die Landespolizei. Mehrere Gesundheitsämter in Baden-Württemberg haben das Vorgehen auch dem SWR bestätigt. Alles, damit die Polizei bei einem Einsatz checken kann: Droht Gefahr? Kann ich mich anstecken?

Datennutzung kann helfen - im richtigen Maß

Klar, das kann im Einzelfall helfen: Wenn die Polizei zu einem Streit in eine Wohnung gerufen wird und die Tatverdächtigen damit vorher kennt. Aber schon bei einer Streiterei in der Öffentlichkeit, einem Verkehrsunfall auf der Straße wird der Datenabgleich VORHER schwierig. Wie sinnvoll ist es also, potenziell Tausende Namen von Corona-Infizierten in einer Polizeidatenbank zu speichern? Die Polizei könnte das im Einzelfall von einer städtischen Behörde abfragen. Im allgemeinen Polizeidienst ist das völlig übertrieben. Da muss auch sie erstmal Abstand halten, Schutzkleidung bekommen.

Datennutzung: Es gibt Bedenken

Der Hunger nach massenhaften Daten ist in diesen Zeiten scheinbar leicht zu stillen. Und wird zu wenig hinterfragt. Ob die Polizei eine rechtliche Grundlage dafür hat, zweifelt vor allem der Landesdatenschutzbeauftragte an. Das Innenministerium versteht die Aufregung nicht. Es ist aber einfach nicht gerechtfertigt, dass die Polizei Listen mit Namen von tausenden Unschuldigen speichert. Um sie dann ja höchstens im Einzelfall als Coronaschutz nutzen zu können.

Was passiert nach Corona?

Was wir vor allem aber nicht vergessen dürfen: Was passiert eigentlich nach der Krise? Das Innenministerium verspricht: Die Daten werden gelöscht, sobald jemand als gesund gemeldet wird vom jeweiligen Gesundheitsamt. Das Problem: Das wird gar nicht systematisch gemacht. Einige Gesundheitsämter erfassen überhaupt nicht, wer wieder gesund ist. Keine Meldung, keine Löschung. Damit könnten Menschen auf ewig in einer Polizeidatenbank stehen. Ihr Vergehen? Sie waren krank.

Nein danke.

(SWR Online, 27.03.2020)

Vorsicht vor falschen Corona-Testern

Betrüger geben sich als Mitarbeiter des Gesundheitsamts aus

Von Karin Truscheit

Zum falschen Enkel, Polizisten oder Handwerker hat sich längst der falsche Corona-Tester gesellt. Sein Ziel: Geld und Schmuck erbeuten. Auch wenn es bislang noch kein Massenphänomen zu sein scheint, warnen Polizeibehörden wie das Bayerische Landeskriminalamt (LKA) davor, dass Betrüger ihre kriminellen Methoden an die aktuelle Krise anpassen. Dabei gehen die Täter folgendermaßen vor: Betrüger rufen an und stellen sich als Mitarbeiter des Gesundheitsamts vor. Sie geben an, dass dringend ein Coronavirus-Test vorgenommen werden müsse und die Wohnung desinfiziert werden solle. In einem Fall standen in Bayern nach dem Anruf zwei Männer in Schutzanzügen vor der Tür. Sie drängten darauf, in die Wohnung zu kommen, um den Test vorzunehmen. Doch es blieb beim Versuch, der Betroffene ließ die Betrüger nicht hinein.

Die Vorgehensweise der Täter ist eine perfide Abwandlung der Betrugsmasche „falscher Handwerker“, mit der seit langem betagte Personen betrogen werden: Plötzlich steht ein angeblicher Stadtwerke-Mitarbeiter oder Handwerker vor der Tür, um die Wasserleitungen

oder einen vermeintlichen Wasserschaden zu überprüfen. Im Bad wird dann das Wasser aufgedreht, oft schleicht sich ein zweiter Täter unbemerkt in die Wohnung, um Bargeld und Wertsachen zu stehlen.

Doch auch der Enkeltrick wird in Corona-Zeiten abgewandelt: Die Betrüger rufen bei älteren Personen an, die nach ihren altmodisch klingenden Vornamen ausgewählt werden. Am Telefon gibt sich der Täter als enger Verwandter aus, der am Coronavirus erkrankt sei. Für die Behandlung brauche er nun dringend Geld. Da er in Quarantäne sei, könne der Enkel nicht selbst vorbeikommen und schicke daher einen „guten Bekannten“, der das Geld abholen komme.

Das LKA hat bislang noch keine genauen Fallzahlen, offenbar ist es zumindest in Bayern bislang auch noch zu keinem vollendeten Betrug mit einer Corona-Masche gekommen. Nach Angaben eines Sprechers haben sich jedoch viele Gesundheitsämter an die Polizei gewandt, weil sie Anrufe von besorgten Bürgern bekommen hatten, die sich rückversichern wollten, nachdem bei ihnen angeblich das Gesundheitsamt angerufen hatte. Das Tückische an der Vorgehensweise ist, dass den Tätern die Diskussion über die Testhäufigkeit in die Hände spielt.

Oft ist zu hören, dass Corona-Tests am besten ausgedehnt werden sollten. Ein angeblicher Mitarbeiter des Gesundheitsamts, der im Schutzanzug vor der Tür steht, könnte also von jeder Person als notwendige Präventionsmaßnahme wahrgenommen werden. Der Rat der Polizei: Türe zu und 110 wählen!

(FAZ, 01.04.2020)

Neue Vorschriften des Senats erschweren Polizei die Arbeit

Manch eine Verordnung weist Schlupflöcher auf, was bei den Beamten zu Unklarheiten bei der Strafverfolgung führt. Polizeigewerkschaften kritisieren zudem die Aufhebung der Ausweispflicht.

Von Andreas Kopietz

Seit Freitag gilt ein Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die neuen Regeln. Allerdings gelten große Spannen für die Verstöße, die den Behörden einen „Orientierungsrahmen“ geben sollen.

Die neuesten Corona-Vorschriften des Senats hinterlassen jene ratlos, die sie durchsetzen sollen. Zum Beispiel, dass die Berliner keine Ausweise mehr bei sich tragen müssen.

„Die Abschaffung der Mitführipflicht von Ausweispapieren ist ein schwerer Fehler und ein politisch motivierter Schritt in die falsche Richtung“, sagt Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOlG). „Gerade in Pandemiezeiten müssen die Behörden Identitäten von Personen sofort feststellen können, um rasch zu handeln.“

Polizei: Aufhebung der Ausweispflicht schwerer Fehler

Pfalzgraf befürchtet nun langwierige Identitätsfeststellungen und „Rätselaufgaben von Verweigerern“. Diese passten nicht in eine Krisensituation, in der Ansteckungswege schnell zurückverfolgt werden müssten.

Kritik an dem Wegfall der Ausweispflicht kommt auch von der anderen Berufsvertretung, der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Verstöße der definierten Kontaktbeschränkungen seien nahezu unmöglich nachweisbar, transparentes polizeiliches Handeln nicht möglich. „Wir können uns bei jeder Maßnahme auf Diskussionen einstellen, weil jetzt keinerlei

Handlungssicherheit mehr besteht“, sagt GdP-Landesvize Stephan Kelm. Nur noch im zeitaufwändigen Verwaltungsakt könne man nachweisen, dass Personen nicht aus dem gleichen Haushalt stammen oder familiär verbunden sind.

In der überarbeiteten Corona-Verordnung ist nun zwar ausdrücklich das Sitzen auf „fest installierten Sitzgelegenheiten“ wie Bänken sowie auf „Wiesen und Freiflächen“ alleine, zu zweit oder mit Familie erlaubt. Auf den Wiesen ist der angeordnete Abstand nun auf fünf Meter festgelegt, damit Menschen dort noch zwischendurch gehen könnten. Verboten sind „Grillen und das Anbieten offener Speisen“. Zu Getränken sagt die Verordnung allerdings nichts.

25 bis 500 Euro wegen Missachtung von Mindestabstand

Seit Freitag gilt ein Bußgeldkatalog für Verstöße gegen die Regeln. Allerdings gelten große Spannen für die Verstöße, die den Behörden einen „Orientierungsrahmen“ bei der Bemessung des Bußgelds geben sollen.

25 bis 500 Euro können fällig werden, wenn Personen nicht den Mindestabstand zueinander einhalten. Wer an Zusammenkünften teilnimmt, kann mit 50 bis 500 Euro Bußgeld belegt werden. Wer Zusammenkünfte durchführt (etwa eine Party) ist mit 500 bis 2500 Euro Buße dabei. Der Aufenthalt außerhalb der eigenen Wohnung oder Unterkunft „ohne triftigen Grund“ kann mit 10 bis 100 Euro geahndet werden.

Das Infektionsschutzgesetz erlaubt es auch, den Verfassungsgrundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung einzuschränken. So erweitert es die Befugnisse der Polizei, in Wohnungen einzudringen, wenn dort eine Party stattfindet.

Zur Gefahrenabwehr konnte sich die Polizei bislang nur auf den Paragraph 36 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes berufen, wenn sie eine Wohnung ohne Einwilligung des Inhabers betreten wollte. Etwa, wenn von einer Party eine erhebliche Lärmbelästigung ausgeht. Oder wenn es eine Gefahr für Leib und Leben abzuwehren gilt oder wenn sich dort gesuchte Straftäter verbergen.

Polizei darf nun Wohnungen nicht nur zu Abwehr betreten

Nicht nur zur Abwehr sondern auch zur Verfolgung einer Straftat gegen das Infektionsschutzgesetz ermöglicht die Strafprozessordnung der Polizei, Wohnungen und Grundstücke zu betreten. Etwa wenn der Veranstalter einer privaten Grillparty von Nachbarn angezeigt wurde.

„Wenn etwa jemand eine Party mit 30 Menschen feiert, liegt ein Verstoß gegen die Verordnung und damit eine Straftat vor“, sagt Polizeisprecher Thilo Cablitz. „Wir werden dann wie bei allen anderen Straftaten klingeln und den Inhaber rechtlich belehren. Stellen wir mehrere Personen fest, die dort nicht wohnen, würden wir in diesem Fall ein Strafermittlungsverfahren einleiten.“

(Berliner Zeitung Online, 03.04.2020)

„Gewalt im Blick haben“

Polizei befürchtet soziale Spannungen

Dass sich die Arbeit von Polizisten und Mitarbeitern des Ordnungsamtes in den nächsten Wochen entspannen wird, ist eine Hoffnung, die die Behörden fast aufgegeben haben. Zwar habe sich der Großteil der Menschen in Hessen, vor allem auch in den großen Städten wie

Frankfurt, an die Corona-Verordnungen gehalten. Doch ob das Verständnis bis zum 3. Mai dauerhaft anhalten wird, sehen die Ordnungshüter mit einiger Skepsis.

So hatte die Frankfurter Stadtpolizei schon am Osterwochenende die Erfahrung gemacht, dass manche Bürger nicht nur mit Unverständnis reagieren, wenn sie gegen die Corona-Regeln verstießen und Bußgelder zahlen mussten. Inzwischen gebe es Fälle, in denen sich auch Unbeteiligte einmischten und sich mit jenen solidarisierten, die belangt würden. Ein Sprecher der Behörde sagte, wenn das Verständnis fehle, „dass es um den gesundheitlichen Schutz und somit um ein höheres Ziel geht, ist das eine bedenkliche Entwicklung“. Zudem sei die Stadtpolizei schon jetzt „am Limit“. Die Kontrollen in den Parks und auf öffentlichen Plätzen seien nur eine der Aufgaben. Auch Restaurants und andere Betriebe würden nun weiterhin täglich kontrolliert. Zudem bereite sich das Ordnungsamt darauf vor, wie die Stadtpolizei von nächster Woche an jene Geschäfte herausfiltern könne, die aufgrund ihrer Größe wieder öffnen dürfen – und welche nicht. „Einfach wird die Entscheidung nur dort sein, wo es offensichtlich ist.“

Die Landespolizei bereitet sich darauf vor, dass die Disziplin der Bürger mit jeder Woche abnehmen wird. Zumal dann, wenn der Eindruck entsteht, die Krise sei schon überwunden. „Die Frage, wie sich die Bevölkerung in den nächsten Wochen verhält, ist der größte Unsicherheitsfaktor“, sagt der stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jens Mohrherr. Schon jetzt sei in Brennpunktvierteln zu beobachten, dass es Tendenzen gebe, gegen die Regeln aufzubegehren. „Das haben wir vergangene Woche in der Ahornstraße in Frankfurt gesehen.“ Mohrherr befürchtet zudem, dass sich angesichts der fortbestehenden Maßnahmen wie der Kontaktsperre und der nur schleppend bis gar nicht anlaufenden Schulen und Kitas die Stimmung in vielen Familien zuspitzen könnte. „Wir müssen genau beobachten, wie sich die häusliche Gewalt entwickelt. Da geht es um die Frauen, aber vor allem auch um die Kinder.“ Auch die Tatsache, dass viele Menschen sich wegen der wirtschaftlichen Krise nun in Kurzarbeit befänden, erschwere die Situation. „Da ist man plötzlich mit finanziellen Ängsten konfrontiert.“ Mohrherr hofft, dass „die Menschen weiterhin Disziplin zeigen, auch in dieser schwierigen Situation“. Personell sei die Polizei weiterhin gut aufgestellt, um auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. „Da kommt es uns zugute, dass, so bedauerlich es für den Einzelnen sein mag, Großveranstaltungen und Fußballspiele mit Publikum erst einmal abgesagt sind.“

(FAZ, 17.04.2020)

Abzocke im Corona-Schutzanzug

Weniger Einbrüche und Raubüberfälle, dafür mehr Fälle von Betrug: Während der Corona-Pandemie verschwindet die Kriminalität nicht – sie verändert sich. Und das weltweit

Von Sascha Lübbe

In der Corona-Krise wird eine alte Masche ganz neu erfunden: der Enkeltrick. Betrüger rufen vor allem Senioren an. Sie sagen, sie sammelten Spenden für ein mit dem Virus infiziertes Familienmitglied. Dann kassieren sie das Geld. Manche kommen auch persönlich vorbei, in Atemmaske und Schutzanzug. Sie sagen, sie seien vom Gesundheitsamt und müssten die Wohnung inspizieren. Dabei lassen sie Geld und Wertsachen mitgehen. "Die Drehbücher für die Betrüger existieren schon", sagt Jörg Radek, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). "Sie werden jetzt nur aktualisiert."

Die Corona-Krise verändert das Wesen der Kriminalität, und das weltweit. Medellín in Kolumbien, lange Zeit eine der gefährlichsten Städte der Welt, verzeichnete im März die geringste Mordrate seit 40 Jahren; die städtischen Behörden interpretieren das als positives Resultat der Quarantäne. In Italien hingegen berichten Experten von einem Erstarren der Mafia, die ins Straucheln geratenen Unternehmern vermeintlich unter die Arme greift – und so ihre Macht ausbaut. Weniger Gewaltkriminalität, dafür mehr Erpressung und Betrug? Gilt das auch für Deutschland?

Die Kontaktbeschränkungen in Deutschland sind seit dem 23. März in Kraft, entsprechend schwierig ist, jetzt schon konkrete Zahlen zu besorgen. Es gebe noch keine bundesweit erfassten Daten, heißt es beim Bundeskriminalamt (BKA). Erste Bundesländer geben allerdings Informationen heraus, darunter Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen.

Deren Befunde ähneln sich: Die Zahl der Taschendiebstähle und Wohnungseinbrüche hat deutlich abgenommen. Beides ist irgendwie logisch in Zeiten, in denen niemand draußen, aber fast jeder zu Hause ist. Zugleich warnen die Behörden vor Betrügern.

Ein Beispiel dafür, wie Betrüger sich an die Lage anpassen, ist die Medikamentenfälschung. Mitte März, so erzählt es GdP-Mann Radek, seien Zoll und Polizei in einer gemeinsamen Aktion gegen illegalen Arzneimittelhandel vorgegangen. Rund 6.000

Medikamentenpäckchen wurden dabei kontrolliert, die meisten kamen aus Asien. Rund 1.300 von ihnen, so Radek, hätten gefälschte Produkte enthalten. Das ist mehr als ein Fünftel. Es handelte sich um Tabletten, Kapseln und Ampullen, die nicht wirken. Oder um Atemschutzmasken, die keine Viren filtern. Radek spricht vom "Geschäft mit der Angst". Der europäischen Polizeibehörde Europol zufolge ist der Verkauf gefälschter Schutzmaterialien und Medikamente in der Corona-Krise weltweit um ein Vielfaches gestiegen.

Auch der Kriminologe Christian Pfeiffer, ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und von 2000 bis 2003 niedersächsischer Justizminister, sagt: "Die Formen der Kriminalität haben sich verschoben." Natürlich sei die Zahl der Überfälle und Einbrüche drastisch zurückgegangen. Das gelte sogar für Geschäfte und Büros. Grund seien die Ausgangsbeschränkungen und die leeren Straßen. "Da fallen Einbrecherbanden leichter auf", sagt Pfeiffer. Die verstärkten Grenzbestimmungen hätten zudem dazu geführt, dass auch weniger Kriminelle aus dem Ausland nach Deutschland kämen.

Zugenommen hätten hingegen, so sieht es auch Pfeiffer, Betrugsfälle im Internet.

Das Bundesinnenministerium warnt inzwischen vor neuen Formen der Cyber-Kriminalität. Sei es in Form falscher Spendenaufrufe, der Verbreitung von Falschnachrichten oder auch schadhafter Apps und Phishing-Mails. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen etwa berichtet über E-Mails, die vermeintlich von der Sparkasse stammen und in denen man Kunden mitteilt, dass man wegen Corona nur noch über Mail und Telefon erreichbar sei – und deshalb um die Übermittlung von Kontaktdaten bittet. Die Mail ist ein Fake. Mehrere Bundesländer warnen inzwischen auch vor betrügerischen Internetseiten, auf denen man sich vermeintlich für Corona-Soforthilfen registrieren kann.

Kriminologe Pfeiffer sieht Gefahren nicht nur im virtuellen Raum, sondern auch im realen Leben, etwa im Bereich der organisierten Kriminalität. Ähnlich wie in der Vergangenheit in Italien könnte die Mafia künftig auch in Deutschland pleitegegangene Restaurants und Kleinbetriebe aufkaufen, sagt er – um so Geldwäsche zu betreiben. Die Hilfsmaßnahmen der

deutschen Regierung, etwa die finanzielle Unterstützung kleiner Unternehmen, seien ein wichtiger Schritt, um das zu verhindern.

Vor einem hatten Bundes- und Landesregierungen im März besondere Sorge, als sie die Kontakteinschränkungen beschlossen: dass es zu einer starken Zunahme häuslicher Gewalt kommen könnte. Viele Opferberatungsstellen warnten davor. Im chinesischen Wuhan, dem Ursprungsort der Epidemie, war die Zahl derartiger Fälle während der Maßnahmen drastisch angestiegen, laut Guardian hatten sie sich in der gesamten Region teilweise verdreifacht. UN-Generalsekretär António Guterres sprach kürzlich gar von einer weltweiten Zunahme häuslicher Gewalt im Zuge der Corona-Krise.

In Deutschland lässt sich das bisher allerdings nicht statistisch nachweisen. Christian Pfeiffer sagt, es gebe zumindest keinen Anstieg der Zahlen. Weder, was entsprechende Einsätze der Polizei angeht, noch – zumindest gelte das für Niedersachsen – in den Frauenhäusern. Die Dunkelziffer, das räumt Pfeiffer allerdings ein, könne gestiegen sein. Weil die "Prügler", wie er sie nennt, jetzt nicht mehr auf Arbeit, sondern vermehrt zu Hause sind. Auch Institutionen wie Schulen und Kitas, die Verdachtsfälle melden könnten, fielen durch den Lockdown als "Frühwarnsystem" aus. Jugendämter kämen kaum noch zum Kontrollieren in die Wohnungen.

Er appelliere daher an die Bundesregierung, eine Opferbefragung über häusliche Gewalt durchzuführen, sagt Pfeiffer. Dabei würde man mindestens 15.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen an der Wohnungstür einen entsprechenden Fragebogen überreichen, den sie nach dem Ausfüllen am nächsten Tag dem Interviewer in einem versiegelten Umschlag zurückgeben. 2011 habe es die letzte Erhebung dieser Art gegeben, sagt Pfeiffer. "Es wäre an der Zeit, das zu wiederholen und die Antworten zur Corona-Zeit gesondert auszuwerten." Wie kritisch die Situation zudem werde, wenn die Beschränkungen noch lange Zeit anhalten werden, könne man nur erahnen, sagt Pfeiffer. Denn dann, wenn Menschen in finanzielle Nöte und Existenzangst geraten, steige womöglich das Gewaltpotenzial. Besonders diejenigen, "die schwarz arbeiten, die von der Hand in den Mund leben", sagt er, "haben oft von heute auf morgen keine Einkünfte mehr". Hier, fürchtet er, könne es dann zu einer gestiegenen "Notkriminalität" kommen, etwa zu einer Zunahme von Ladendiebstählen.

In Mexiko-Stadt und im italienischen Palermo werden Supermärkte inzwischen von teils bewaffneten Sicherheitskräften bewacht, nachdem es zu Plünderungen und Ladendiebstählen gekommen war. Eine Möglichkeit, diese Szenarien in Deutschland zu vermeiden, sagt Pfeiffer, könnten Lebensmittelmarken für Bedürftige sein. Das sei besonders jetzt sinnvoll, da das System der Tafeln kollabiere. Auch die "Öffnung" und "Entbürokratisierung" von Hartz IV könne ein Ansatz sein.

Diskutiert man über Kriminalität in der Corona-Krise, gibt es indes noch eine Sorte von neuen Delikten, die bislang für die Mehrheit der Bevölkerung überhaupt nicht weiter relevant waren: Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz. Schließlich werden Vergehen wie die Missachtung des Kontaktverbotes inzwischen von der Polizei geahndet und mit Geldstrafen bedacht.

Die Zahl der Verstöße werde dabei von Bundesland zu Bundesland verschieden stark anwachsen, glaubt Jörg Radek von der Gewerkschaft der Polizei. Das hänge davon ab, wie streng ein Land die Regeln auslegt und wie sorgfältig man kontrolliert. Schon jetzt sei die Polizeipräsenz auf deutschen Straßen deutlich erhöht worden. Falschparker und Raser haben es womöglich derzeit also ein bisschen leichter, unentdeckt zu bleiben.

(Zeit Online, 20.04.2020)

Abstand, Mundschutz und Grundgesetz

Die Polizei löst in Berlin eine Demonstration von 500 Bürgern auf. Protest mit 50 Menschen ist in Stuttgart erlaubt.

Von Jan Heidtmann

In Berlin demonstrieren Gegner der Einschränkungen zur Bekämpfung von Corona bereits seit Wochen. Immer wieder samstags kommen sie am Rosa-Luxemburg-Platz zusammen, organisiert von der "Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand". Die Zahl der Demonstranten wächst stetig, und die Proteste werden wütender. Beim ersten Zusammentreffen am 28. März gingen in Berlin noch rund 40 Menschen gegen die Grundrechtsbeschränkungen wegen der Corona-Pandemie auf die Straße, am vergangenen Samstag kamen dann rund 500 Menschen zusammen, die unter anderem den Slogan der Wendezeit "Wir sind das Volk" riefen.

Nach den neuesten Verordnungen im Zusammenhang mit Corona sind unter bestimmten Bedingungen Demonstrationen mit höchstens 20 Teilnehmern gestattet. 260 Polizisten brauchten mehr als eine Stunde, um den Versammlungsplatz vor dem bekannten Theater "Volksbühne" zu räumen. Bei fast 80 Demonstranten wurden die Personalien festgestellt, zwei Personen wurden vorübergehend festgenommen. Hinter den Organisatoren der Proteste steht der freie Journalist Anselm Lenz, der 2014 gemeinsam mit anderen Autoren und Künstlern das kapitalismuskritische Projekt "Haus Bartleby" gegründet hat. Ziel der Demonstrationen von "Nicht ohne uns" sei es, "die fundamentalen Grundrechte der Demokratie auch in Zeiten von Corona zu verteidigen", schreiben die Organisatoren auf Twitter. Auf ihrer Webseite fügen sie hinzu: "Mit zwei Meter Abstand, Mundschutz und Grundgesetz".

Inzwischen sind es jedoch längst nicht mehr nur die Kapitalismuskritiker rund um Anselm Lenz und Bürgerrechtler, die samstags ihre Kritik auf die Straße tragen wollen. Auch einige Verschwörungstheorien zugängliche Internetportale rufen zu den "Hygienedemos" auf, andere Mitläufer haben einen klar rechtsextremistischen Hintergrund. So kursierten am vergangenen Samstag auch krude Behauptungen, Corona sei eine "leichte Grippe", die nun von der Regierung genutzt werde, um die Grundrechte außer Kraft zu setzen.

Die Rechtslage unterscheidet sich in den Bundesländern, einige genehmigen kleine Versammlungen, andere bislang gar keine. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben am Samstag auch in Stuttgart rund 50 Menschen an einer Demonstration gegen die Einschränkung der Grundrechte teilgenommen. Die Stadt sah sich durch den Richterspruch veranlasst, das von ihr erlassene Verbot des Treffens auf dem zentralen Schlossplatz zurückzunehmen. Unter der Beachtung eines Abstandes von 1,5 Metern zwischen den Teilnehmern und einer Distanz zu Passanten von zwei Metern könne die Versammlung am Samstagnachmittag stattfinden, teilte die Stadt mit. Ein Privatmann hatte die Demonstration mit maximal 50 Teilnehmern angemeldet. Die Demonstration lief friedlich ab.

Der Kläger war zuvor mit Eilanträgen bei den Verwaltungsgerichten gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht hielt den Erlass einer einstweiligen Anordnung für geboten. "Eine Verfassungsbeschwerde wäre nach gegenwärtigem Stand offensichtlich begründet", heißt es

in dem Beschluss vom Freitag. Die Karlsruher Richter hatten zuvor bereits ein Demonstrationsverbot der Stadt Gießen verworfen.

Die Grünen in Bayern fordern, trotz Corona-Maßnahmen müsse das Grundrecht der Versammlungsfreiheit gewahrt bleiben. Es gebe genügend Ideen, die kreativen Proteste mit dem Gesundheitsschutz in Einklang zu bringen, teilte die Vorsitzende der Landtagsfraktion Katharina Schulze am Sonntag mit. Die Grünen verwiesen darauf, dass Kundgebungen wie Fridays for Future und Ostermärsche ausgefallen sind oder nur virtuell stattfanden als Folge der Ausgangsbeschränkungen. "Demokratie braucht die Möglichkeit, die eigene Meinung öffentlich kundzutun", so Schulze. In Bayern habe es die Regierung versäumt, klare Regelungen zum Versammlungsrecht während der Pandemie zu treffen.

(SZ, 20.04.2020)

Brenzlige Lage in den Pariser Vorstädten wegen Corona-Krise

Seit Ostern mehren sich die Zusammenstöße mit der Polizei – Beengte Lebenssituation und soziale Probleme in den Banlieues

Von Stefan Brändle

Nur keine Eskalation wie bei den Krawallen von 2005: Nach diesem Motto versuchen die französischen Behörden derzeit die Lage in den Banlieue-Zonen um Paris zu beruhigen. Und diese ist ganz offensichtlich brenzlich. Seit dem Osterwochenende mehren sich Zusammenstöße Jugendlicher mit der Polizei.

Auslöser war ein Beinbruch. Am Ostersonntag wollte eine Polizeipatrouille in Villeneuve-la-Garenne einen Motorradfahrer anhalten, der ohne Helm in verbotener Fahrtrichtung unterwegs war. Er versuchte zu entkommen, fuhr aber in eine sich öffnende Tür eines Polizeiwagens. Im Internet zirkulierte sofort die Version, der Polizist habe den 30-jährigen Mann absichtlich zu Fall bringen wollen. Der Motorradfahrer stürzte und verletzte sich schwer.

Allabendliche Unruhen

Der Vorfall genügte, um ein Feuer zu entfachen: Seit mehr als einer Woche kommt es in der Vorstadt im Norden von Paris allabendlich zu Ausschreitungen. Die Polizei wird mit Steinen, Leuchtraketen und Feuerwerksmaterial empfangen. Autos und Müllcontainer gehen in Flammen auf, die Polizei kontert mit Tränengas. Auch in anderen Banlieue-Städten häufen sich die Zwischenfälle.

Der konservative Bürgermeister von Villeneuve-la-Garenne, Alain Bortolameolli, spricht von bloß von "Zwischenfällen", die Präfektur nennt sie "sporadisch". Doch immerhin betreffen sie nun schon mehrere Gemeinden in allen drei Vorortsdepartementen um Paris. In Genevilliers wurde in der Nacht auf Mittwoch auch ein Brandanschlag auf eine Schule verübt. Auch in gut beleumundeten Orten wie Suresnes oder Meudon brannten nun Autos.

In Hinterhalt gelockt

Innenminister Christophe Castaner hüllt sich bisher in Schweigen, aus Furcht, durch ein falsches Wort die Lage eskalieren zu lassen. Dafür publizierte der polizeibekannteste Motorradfahrer vom Spitalbett aus ein Video, in dem er zur Ruhe aufruft.

Weisung von Innenminister Christophe Castaner an die Polizei: Eskalationen bitte vermeiden.

Banlieue-Polizisten verweisen auf den Umstand, dass es in den Vorstädten schon seit Wochen rumore. Der heftigste Krawall ereignete sich in Grigny im Süden der Hauptstadt. Jugendbanden hatten die Feuerwehr und die Polizei mit Brandstiftungen in einen Hinterhalt gelockt. Einen Polizeihubschrauber vertrieben sie mit Leuchtraketen.

Castaner gab laut Polizeigewerkschaftern trotzdem Anweisung, "keinen Übereifer" an den Tag zu legen – vor allem nicht bei der Ahndung von Verstößen gegen die Coronavirusbedingte Ausgangssperre. Der Grund ist vor allem sozialer Natur: Oft sind Familien zu sechst in 50 Quadratmeter große Wohnung eingeschlossen. Das belastete die "soziale Fragilität" dermaßen, dass die Lage beim geringsten Problem mit der Polizei sofort ausufern kann.

Angespannte soziale Lage

Erschwerend kommt laut Stadtverwaltern hinzu, dass die Eltern dieser Kinder und Jugendlichen häufig völlig ohne Einkommen dastehen, weil sie bisher von Gelegenheits- und Schwarzarbeit gelebt haben. Das verschärfe familiäre Spannungen und treibe die Kinder vor die Haustüre.

Das Gefühl sozialer Ungerechtigkeit, das in den Vorstadtzonen um Paris von jeher präsent ist, wird durch die Corona-Pandemie zusätzlich verstärkt: In ihren Wohnblöcken zusammengepfercht, sehen die Bewohner im Fernsehen natürlich auch die Berichte über den Exodus jener, die es sich leisten konnten: Mehr als eine Million wohlhabende Pariser sind mittlerweile in ihre bequemerer Zweitresidenzen auf dem Land oder am Meer übersiedelt.

Im Einwanderer-Departement Seine-Saint-Denis mehren sich nicht die Autokolonnen Richtung Meer, sondern die Warteschlangen bei den Suppenküchen. "Dabei handelt es sich nicht nur um Stammkunden, sondern auch um ganz normale Angestellte", berichtet ein Gemeindevertreter in der Wochenzeitung *Le Canard enchaîné*. Präfekt Georges-François Leclerc warnt bereits die Regierung, viele Einwohner hätten in den kommenden Wochen wohl Mühe, sich gut zu ernähren. Am härtesten betroffen seien in seinem Departement 15.000 bis 20.000 Personen, die in Wellblechsiedlungen, Auffangstationen und Migrantenheimen hausen müssen.

(Der Standard Online, 22.04.2020)

Stadtpolizei ist nun 24 Stunden am Tag im Einsatz

Ordnungskräfte setzen vor allem Corona-Beschränkungen durch

Eigentlich wollte Offenbach die Stadtpolizei erst zum 1. Juli rund um die Uhr einsetzen. Doch die Krisenlage infolge der Corona-Pandemie hat die Stadt dazu bewogen, mit der 24-Stunden-Besetzung sofort zu beginnen. Das ist auch deshalb möglich, weil die neu rekrutierten zwölf Mitarbeiter ihre Ausbildung schon erfolgreich absolviert haben, wie Bürgermeister und Ordnungsdezernent Peter Freier (CDU) sagte. Sie seien auch schon voll in den Dienstbetrieb integriert.

Möglich wurde das Vorziehen der Dienstregelung auch deshalb, weil die notwendigen Genehmigungen des Regierungspräsidiums schneller als erwartet vorgelegen haben. Der Einsatz der Stadtpolizei rund um die Uhr ist ein „echter und dauerhafter Gewinn für die Sicherheit“ der 140 000 Einwohner zählenden Stadt, sagte Freier weiter. Um die ständige Präsenz der Stadtpolizei realisieren zu können, musste eine zusätzliche Dienstgruppe

eingesetzt und deren Finanzierung im Haushaltsplan gesichert werden. Damit stehen insgesamt 54 Ordnungskräfte bereit.

Die Stadtpolizei wird nun auch an Sonn- und Feiertagen kontinuierlich in der Stadt präsent sein. Bisher war sie nur werktags in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 1 Uhr nachts im Dienst. Im Moment sind die Mitarbeiter in erster Linie damit beschäftigt, die umfassenden Kontaktbeschränkungen und sonstige Regelungen durchzusetzen, die eine Ausbreitung des Coronavirus verhindern sollen. Die Stadtpolizei ist zu jeder Tages- und Nachtzeit telefonisch unter 069 / 80 65 21 23 zu erreichen und per E-Mail unter stadtwache@offenbach.de. Da die Corona-Pandemie momentan zu sehr vielen Anrufen bei der Leitstelle der Stadtpolizei führt, sollen die Bürger die Kontaktmöglichkeit nur nutzen, wenn es sich um Ereignisse handelt, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, wie Freier weiter ausführt.

(FAZ, 23.04.2020)

10 Euro Bußgeld, wer gegen Maskenpflicht verstößt

Ab Montag gilt im Kampf gegen das Coronavirus in Rheinland-Pfalz eine Maskenpflicht. Wer dagegen verstößt, kommt zunächst mit einer Ermahnung davon. Danach muss gezahlt werden.

Wer in einem öffentlichen Verkehrsmittel oder in einem Geschäft keine Maske an hat, muss mit einem Verwarnungsgeld von zehn Euro rechnen. Das teilte das Innenministerium am Freitag dem SWR mit, nachdem sich das rheinland-pfälzische Kabinett auf die neue Corona-Verordnung geeinigt hat. Getragen werden muss die Maske auch auf dem Wochenmarkt oder beim Straßenverkauf beispielsweise an einer Eisdiele.

Höhere Bußgelder für Verkäufer ohne Schutz

Deutlich teurer wird es, wenn Mitarbeiter von geöffneten Geschäfte keinen Mund-Nasen-Bedeckung tragen und keine Trennwände vorhanden sind. Dann wird ein Bußgeld von 250 Euro fällig. Allerdings muss dies nach Angaben des Innenministeriums der Betreiber des Geschäfts zahlen.

Eine Woche Schonfrist

Bevor die Verwarn- und Bußgelder tatsächlich verhängt werden, soll es noch eine Schonfrist von einer Woche geben. Sie sollen erst ab dem 4. Mai erhoben werden. Die Maskenpflicht erfüllt auch, wer eine selbstgenähte Maske trägt oder mit einem Schal oder einem Tuch Mund und Nase bedeckt.

Kinder ab sechs Jahren müssen Maske tragen

Ausgenommen von der Maskenpflicht sind Kinder unter sechs Jahren sowie Menschen, für die das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht zumutbar ist. Das muss mit einer ärztlichen Bescheinigung nachgewiesen werden. Die neue Verordnung schränkt allerdings ein, dass Kindern auf dem Schulweg die Busfahrt nicht mit der Begründung verweigert werden darf, dass sie keine Mund-Nasen-Bedeckung tragen.

Für die Kontrolle der kontaktreduzierenden Maßnahmen und die Tragepflicht einer Mund-Nasen-Bedeckung im ÖPNV und in Geschäften sind die kommunalen Vollzugsdienste zuständig. Die Polizei leistet wenn nötig Amtshilfe oder wird im Rahmen der Eilzuständigkeit tätig.

(SWR Online, 24.04.2020)

Wo ohne Maske Bußgeld droht

Ab der kommenden Woche gilt in allen Bundesländern eine Maskenpflicht. Wie diese kontrolliert wird und welche Bußgelder bei Missachtung fällig werden, wird unterschiedlich gehandhabt. Ein Überblick.

Nachdem die Bundesregierung zunächst nur eine "dringende Empfehlung" zum Tragen von Masken ausgesprochen hatte, gilt aber der kommenden Woche nun doch in allen Bundesländern eine Maskenpflicht.

Einig sind sich die Länder in ihrer Hoffnung darauf, dass möglichst viele freiwillig zu Mund- und Nasenbedeckung greifen werden. Wie die Einhaltung der Maskenpflicht kontrolliert wird und wie Verstöße sanktioniert werden, wird unterschiedlich gehandhabt.

Hoffen auf Einsicht statt Bußgeld

Die Bundeshauptstadt **Berlin** setzt vor allem auf Einsicht. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte, die Berliner hätten sich bisher diszipliniert an die in der Corona-Krise geltenden Regeln gehalten. Ein Bußgeld solle es zunächst nicht geben. Zuvor hatten die Berliner Verkehrsbetriebe bereits betont, die Maskenpflicht nicht kontrollieren zu wollen. Man werde zwar an die Fahrgäste appellieren, könne aber niemanden die Beförderung verweigern, so eine Sprecherin des Unternehmens.

Auch die Landesregierung von **Bremen** will zumindest am Anfang bei Verstößen kein Bußgeld verhängen. Die Regierung erinnerte daran, dass Bremen es eigentlich bei einer Empfehlung belassen wollte, eine Maske zu tragen.

Kein Zutritt ohne Maske

Etwas anders verhält es sich in **Sachsen-Anhalt**. Zwar werde auch hier bei Verstößen zunächst kein Bußgeld fällig. Allerdings müssten alle ohne Mund-Nasen-Bedeckung damit rechnen, dass sie in Einkaufsläden nicht eingelassen und von Fahrten mit Bus und Bahn ausgeschlossen würden, so die Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne.

Auch die **Schleswig-Holsteiner** dürfen bald ohne Mund- und Nasenschutz nicht mehr einkaufen oder öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Ein Bußgeld bei Verstößen ist laut Landesregierung nicht vorgesehen. Gleiches gilt für Hamburg. Wer keine Maske trägt, darf Läden und Verkehrsmittel nicht betreten. Ein Bußgeld sei nur für die Ladeninhaber vorgesehen, wenn sie nicht darauf achten, dass ihre Kunden einen Mundschutz tragen, so Justizsenator Till Steffen.

Den Kommunen überlassen

Nordrhein-Westfalen will die Handhabung zunächst den Kommunen mit ihren Ordnungsämtern überlassen, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Die Ordnungshüter sollen erst die Menschen ansprechen und sie zum Tragen von Masken auffordern. "Erst, wenn das nicht befolgt wird, kann ein Bußgeld verhängt werden", sagte Laumann. Er setze aber stark darauf, dass es sich in wenigen Tagen so entwickelt, "dass die Masken bei den betreffenden Einrichtungen zum gewohnten Bild gehören".

Bis zu 5000 Euro Bußgeld

In **Mecklenburg-Vorpommern** sei bei Verstößen gegen die Maskenpflicht künftig ein Bußgeld in Höhe von 25 Euro möglich, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD). Das Bundesland **Hessen**, wo die Maskenpflicht ebenfalls am Montag in Kraft tritt, will

wiederholte Verstöße mit einem Bußgeld von 50 Euro belegen, so die Staatskanzlei in Wiesbaden.

In **Bayern** hingegen können Verstöße gegen die Mundschutzpflicht wesentlich teurer werden. Das geht aus dem aktualisierten Bußgeldkatalog hervor, berichtet die Deutsche Presse-Agentur. "Wenn es jemand nach zwei, drei Tagen immer noch nicht kapiert hat, muss er damit rechnen, mit 150 Euro Bußgeld belegt zu werden", so Innenminister Joachim Herrmann. Wer mehrmals gegen die Maskenpflicht verstoße, müsse sogar mit einer Verdoppelung des Bußgeldes rechnen. Besonders teuer wird es für Ladenbesitzer, die nicht sicherstellen, dass ihr Personal eine Mund-Nasen-Bedeckung trägt: Hierfür sieht der Bußgeldkatalog den Angaben nach eine Zahlung von 5000 Euro vor. Kontrolliert werde generell von Ordnungsämtern, Polizei, Bundespolizei und U-Bahn-Wachen.

Breite Zustimmung zu Maskenpflicht

Die Hoffnung der Länderregierungen auf eine freiwillige Einhaltung der Maskenpflicht ist nicht unbegründet, wie eine Befragung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zeigt. Demnach halten mit 86 Prozent sechs von sieben Bundesbürgern die Maßnahme für angemessen. Ein Drittel der Befragten gab zudem an, bereits Schutzkleidung wie Gesichtsmasken oder Handschuhe zu tragen

(Tagesschau Online, 24.04.2020)

Nach heftigem Angriff bei Corona-Kontrolle: So reagiert die Polizei Frankfurt

In Frankfurt gibt es nach einer Corona-Kontrolle einen heftigen Angriff auf die Polizei. Jetzt reagiert die Polizei auf die Attacke.

Corona-Kontrolle in Frankfurt eskaliert. Heftiger Angriff auf Polizisten – 20 Menschen attackieren Beamte. Polizei verstärkt Präsenz

Die Polizei in Frankfurt hat auf den Angriff auf Beamte während einer Corona-Kontrolle an Karfreitag (10.04.2020) reagiert. Seit den Übergriffen, bei denen rund 20 Personen die Beamten im Frankfurter Stadtteil Griesheim brutal angriffen, wurde die Präsenz in dem Stadtteil erhöht und mehr Kontrollen durchgeführt, wie die Polizei mitteilt.

Darüber hinaus wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die alle polizeilichen Maßnahmen in Griesheim bündelt und zentral koordiniert. „Ziele sind eine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls für die Bewohner, das Aufhellen der örtlichen kriminellen Strukturen, um damit einhergehend Straftaten zu verhindern“, schreibt die Polizei in einer Mitteilung.

Heftiger Angriff bei Corona-Kontrolle auf Polizei in Frankfurt – Präsenz verstärkt

Einen ersten Erfolg konnte die Arbeitsgruppe dann auch schon verzeichnen. Im Zusammenhang mit Mülltonnenbränden im Frankfurter Stadtteil Griesheim konnte die Polizei drei Tatverdächtige festnehmen.

Neben der verstärkten Präsenz setzt die Polizei Frankfurt aber auch auf Prävention. „Dabei soll es gelingen, unter Einbindung städtischen Vertreter aus dem Bereich der Jugend- und Sozialarbeit und anderen Netzwerkpartnern, den strukturellen Problemen vor Ort zu begegnen und Jugendliche und Heranwachsende vor Begehung weiterer Verstöße zu bewahren“, schreibt die Polizei Frankfurt.

(FR Online, 24.04.2020)

„Kriminelle sind leider sehr flexibel“

Europol-Direktorin Catherine De Bolle über das organisierte Verbrechen in Corona-Zeiten
Frau De Bolle, die meisten Grenzen in Europa sind dicht, in vielen Ländern gelten Kontakt- oder Ausgangssperren. Hat das auch Auswirkungen auf Europol und den Kampf gegen das internationale Verbrechen?

Ja, das wirkt sich natürlich auch auf Europol aus. Wir haben gleich zu Beginn der Krise einen Stab gebildet, der noch immer alle zwei Wochen zusammenkommt, um zu besprechen, was wir einerseits für die Sicherheit unserer Mitarbeiter tun können. Und andererseits, wie wir die EU-Mitgliedstaaten weiterhin unterstützen können. Diese Krise ist beispiellos. Aber aus früheren Krisen wissen wir, dass kriminelle Organisationen leider sehr flexibel sind und alle Möglichkeiten für sich nutzen, die sie in einer Krise sehen. Wir haben deshalb entschieden, uns auf die „Corona-Kriminalität“ zu fokussieren und genau zu beobachten, was in der Welt des organisierten Verbrechens gerade passiert.

Was ist „Corona-Kriminalität“?

In einer ersten Phase unmittelbar nach Beginn der Krise gab es eine große Zunahme von Cybercrime und Produktpiraterie. Viele Menschen arbeiten von zu Hause, alle spüren eine latente Bedrohung durch die Krise, manche haben Angst. Und da treffen sie auch irrationale Entscheidungen, klicken vielleicht auf einen Link, was sie unter normalen Bedingungen nicht täten. Kriminelle nutzen diese Möglichkeiten, diese Schwächen. Außerdem gab es eine riesige Nachfrage etwa nach Schutzhandschuhen und Masken. Die Fälschungsindustrie boomt regelrecht – und ist dem Virus immer auf den Fersen. Die ersten Fälle hatten wir in Italien. Dann breitete sich das Virus nach Spanien, Belgien und in andere Länder aus. Die Kriminellen beobachten die Situation genau und bringen ihre gefälschten Produkte dort auf den Markt, wo die Nachfrage gerade am höchsten ist.

Sind das Kriminelle, die vorher auch schon in diesen Feldern aktiv waren, oder sind das Um- und Neueinsteiger, die von der Krise profitieren wollen?

Die Cyber-Angriffe werden überwiegend von denselben kriminellen Gruppen ausgeübt wie schon zuvor. Wir können beobachten, dass sie aktiv Mitarbeiter anwerben, um ihren Gewinn noch zu steigern. Viele Angriffe mit Schadsoftware laufen jetzt schneller ab. Aber es gibt auch Mächtgern-Cyber-Kriminelle, die vorher in anderen Feldern aktiv waren, zum Beispiel Rauschgifte. Die haben weder die Erfahrung noch die Fähigkeiten, so dass im Moment auch mehr Phishing-Angriffe fehlschlagen.

Wie reagieren die traditionellen Gruppen der organisierten Kriminalität, deren Hauptgeschäftsfelder wie Schutzgelderpressung, Rauschgifthandel und Prostitution ja möglicherweise auch von der Krise betroffen sind?

Auch die passen sich an, immer in der Logik von Nachfrage und Angebot. Wir sehen, dass kriminelle Organisationen sehr flexibel sind. Sie agieren nach dem Geschäftsmodell „Verbrechen als Service“ und suchen Spezialisten für ihre Netzwerke, um sich in den neuen Feldern entwickeln zu können.

Wie haben sich all die Beschränkungen auf den Rauschgifthandel ausgewirkt, das wohl profitabelste Geschäft der organisierten Kriminalität?

Zunächst sind die Preise ein bisschen gestiegen, jetzt aber sinken sie wieder. Selbst wenn der Export, zum Beispiel von Kokain aus Südamerika, nicht mehr auf dem gleichen Niveau sein sollte wie vor der Krise, sind in der Europäischen Union noch sehr viele Drogen verfügbar. Auch synthetische Drogen.

Sie erwarten also keine Knappheit auf dem Rauschgiftmarkt?

Nein, in den ersten Monaten nicht.

Zoll und Polizei haben in den vergangenen Jahren in der EU Rekordmengen an Rauschgiften beschlagnahmt. Aber auch das hatte auf den Straßenverkaufspreis keinen Einfluss, die organisierte Kriminalität verdient also weiterhin Milliarden damit. Fühlt sich das nicht manchmal an wie der sprichwörtliche Kampf gegen Windmühlen?

Ja, aber wir geben niemals auf. Jeder Fall, jeder Mensch, jeder Jugendliche, den wir retten können, ist ein Erfolg. Das Drogengeschäft ist sehr stark. Eines von drei Verbrechen hat mit Rauschgift zu tun. Wir sind überzeugt und auch die Polizeibehörden in allen Mitgliedstaaten sind überzeugt, dass noch mehr getan werden muss. Wir bauen gerade das „European Financial and Economic Crime Centre“ auf. Denn wir dürfen die Kriminellen nicht nur wegen ihrer Straftaten belangen, wir müssen auch an das Geld in ihren Taschen. Zu jedem normalen Ermittlungsverfahren sollte es auch Finanzermittlungen geben, damit wir die Kriminellen da treffen, wo es sie am meisten schmerzt. Ihnen allen geht es nun einmal um den finanziellen Profit.

Ermittler in Italien, aber auch in anderen Ländern warnen davor, dass kriminelle Organisationen wie die Mafia von der Wirtschaftskrise profitieren könnten, die mit der Pandemie einhergeht. Dass sie betroffenen Geschäftsleuten Kredite geben oder Unternehmen in Schwierigkeiten aufkaufen, um so die legale Wirtschaft zu unterwandern und Geld aus kriminellen Geschäften zu waschen. Wie lässt sich das verhindern?

Wir können aus den Lektionen der Vergangenheit lernen, damit wir in Zukunft besser vorbereitet sind. Das macht den Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Ländern so wichtig. Wir analysieren schon, auch zusammen mit Olaf, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, wie sich die Situation nach dem Höhepunkt der Krise entwickeln könnte. In Bezug auf Subventionsbetrug oder Geldwäsche. Welche Ratschläge können wir den Geschäftsleuten, den legalen Unternehmen und den Behörden geben, um so etwas zu verhindern? Auch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, den Banken etwa, wird sehr wichtig sein.

Welche Lektionen lassen sich denn aus der Vergangenheit, etwa der Finanzkrise von 2007 an, lernen?

Nach der Wirtschaftskrise damals hatten wir von 2010 bis 2013 die höchsten Zahlen an Vermögensdelikten. In dieser Periode gab es viel Korruption und betrügerische Bankgeschäfte. Erst von 2015 an normalisierte sich das dann wieder. Auch hier wird unser „Financial and Economic Crime Centre“ sehr wichtig sein, um erstens die Ermittlungen der einzelnen Länder zu unterstützen. Um zweitens all die Informationen zu bündeln, die wir brauchen, um Kriminalität auf diesem Feld zu verhindern. Und drittens, um mit der Privatwirtschaft, der Europäischen Staatsanwaltschaft sowie dem Amt für Betrugsbekämpfung zusammenzuarbeiten.

Europol ist auch im Kampf gegen Kinderpornographie im Internet sehr aktiv. Welche Entwicklung sehen Sie derzeit in diesem Feld?

Wir beobachten mit großer Sorge, dass die Zahlen ansteigen. Die Täter suchen mehr und mehr Material im Netz und tauschen untereinander mehr und mehr. Und sie sind bereit, die Krise auszunutzen, die Notsituationen von Kindern, die nun zu Hause sind, mit leichtem Zugang zum Internet und wenig Aufsicht durch die Eltern, die trotz allem arbeiten müssen.

Haben Sie Hinweise, dass Terroristen die derzeitige Ausnahmesituation für Anschläge nutzen könnten?

Im Moment nicht. Wir sehen da bisher nur begrenzte Auswirkungen. Aber wir beobachten die Situation natürlich.

(FAZ, 25.04.2020)